

— In unterrichteten Kreisen gilt es für unzweifelhaft, daß Preußen im erweiterten Bundesrathe für Zoll-Angelegenheiten, der mit sechs Stimmen Bayerns achtundfünfzig Stimmen umfassen soll, ein Veto vorbehalten bleibt.

— In den neu erworbenen Landestheilen ist nunmehr auch die Organisation der Land-Gensdarmarie geregelt worden. Danach soll diese Truppe zur Erhaltung der öffentlichen Sicherheit, Ruhe und Ordnung mit dem Gensdarmariekorps in den übrigen Landestheilen gleichförmig eingerichtet, wozu die in den neuen Provinzen befindlichen Gensdarmarie- oder Landjägerkorps aufgelöst werden.

— Für die preussische Flotte wird an der Themse jetzt eine Panzerfregatte gebaut, die ursprünglich für die türkische Regierung bestimmt gewesen war und eins der allerstärksten Kriegsschiffe zu werden verspricht. Bei einer Länge von 355 Fuß 10 Zoll und einer Breite von 60 Fuß wird ihr größter Tiefgang 26½ Fuß betragen. Die Stärke des Panzers ist auf 8 Zoll berechnet; Tonnagegehalt: 5938; nominelle Pferdekraft 1160. Die Panzerung wird sich auf beinahe 7 Fuß unter der Wasserlinie erstrecken. Ihre Bewaffnung soll aus 30 Geschützen bestehen, darunter viele 1000 Ctr. schwer, die ein 50 Ctr. schweres Geschloß schleudern können und alleammt so gestellt, daß sie jeden Winkel des Horizonts werden beschreiben können. Dieses gewaltige Kriegsschiff wird den Namen Wilhelm I. führen.

— Das gestern als Telegramm im Auszuge mitgetheilte Programm der national-liberalen Fraktion lautet vollständig:

„Als im vorigen Jahre der alte Bund zusammenbrach und die preussische Regierung den ersten Willen befand, das nationale Band zu erhalten und die deutsche Einheit auf festeren Grundlagen herzustellen, da war es uns nicht zweifelhaft, daß die liberalen Kräfte der Nation mitwirken müßten, wenn das Einigungswort gelingen und zugleich die Freiheitsbedürfnisse des Volkes befriedigt sollte. Um dieses Zweckes willen waren wir zur Mitwirkung bereit; möglich wurde sie erst dadurch, daß die Regierung von der Verletzung des Verfassungsrechtes abließ, die von der liberalen Partei so nachdrücklich verteidigte Grundfuge anerkannte, daß sie die Indemnität nachsuchte und erhielt. Die Mitwirkung zu sichern, konnten die durch den Verfassungstreue bedingten Gruppierungen innerhalb der Partei nicht genügen. Dem neuen Bedürfnisse entsprach die Bildung der national-liberalen Partei zu dem Zwecke: auf den gegebenen Grundlagen die Einheit Deutschlands zu Macht und Freiheit herzustellen.“

Wir verkennen niemals das Schwierige der Aufgabe, im Zusammenwirken mit einer Regierung, welche Jahre lang den Verfassungskonflikt aufrecht erhalten und ohne Budgetgesetz verwaltet hatte, mit unvollkommenen konstitutionellen Waffen die freiheitliche Entwicklung zu fördern. Aber wir unterzogen uns dieser Aufgabe mit dem festen Willen, durch fortgesetzte ernste Arbeit die Schwierigkeit zu überwinden, und mit der Zuversicht, daß die Größe des Zieles die Thatsache des Volkes stärken wird.

Denn uns befehl und vereinigt der Gedanke, daß die nationale Einheit nicht ohne die volle Befriedigung der liberalen Ansprüche des Volkes erreicht und dauernd erhalten, und daß ohne die thätigste und treibende Macht der nationalen Einheit der Freiheitswille des Volkes nicht befriedigt werden kann. Deshalb ist unser Wahlspruch: Der deutsche Staat und die deutsche Freiheit müssen gleichzeitig und mit denselben Mitteln errungen werden. Es wäre ein verderblicher Irrthum, zu glauben, daß das Volk, seine Fürsprecher und Vertreter nur die Interessen der Freiheit zu wahren brauchen, die Einheit dagegen auch ohne uns durch die Regierung auf dem Wege der Kabinettpolitik werde aufgerichtet werden.

Die Einigung des ganzen Deutschlands unter einer und derselben Verfassung ist uns die höchste Aufgabe der Gegenwart.

Einen monarchischen Bundesstaat mit den Bedingungen des konstitutionellen Rechtes in Einklang zu bringen, ist eine schwere, in der Geschichte bisher noch nicht vollzogene Aufgabe; die Verfassung des Norddeutschen Bundes hat sie weder vollständig im Umfange, noch in endgültig befriedigender Weise gelöst. Aber wir betrachten das neue Werk als den ersten unentbehrlichen Schritt auf der Bahn zu dem in Freiheit und Macht gefestigten deutschen Staate. Der Beitritt Süddeutschlands, welchen die Verfassung offen hält, muß mit allen Kräften und dringlich befördert werden, aber unter keinen Umständen darf er die einheitliche Centralgewalt in Frage stellen, oder schwächen.

Eine aus der Vermittlung der praktischen Bedürfnisse hervorgegangene Verfassung ist niemals ohne Mängel zu Stande gekommen; diese müßten mit der Zahl der widerstehenden Interessen, doch war es stets ein Zeichen gesunder Lebenskraft, daß die bessernde Hand sofort zu wirken begann. Wir sind dem Loos menschlicher Unvollkommenheit nicht entgangen, aber die Schwierigkeiten haben uns nicht entmutigt und die Mängel uns nicht blind gemacht gegen die guten Reime. Wie unsere Partei im Entstehen zu bessern bemüht war, so wird sie ununterbrochen und schon im nächsten Reichstage darauf hinarbeiten, die Verfassung in sich auszubauen.

Im Parlament erblicken wir die Vereinigung der lebendig wirkenden Kräfte der Nation. Das allgemeine, gleiche, direkte und geheime Wahlrecht ist unter unserer Mitwirkung zur Grundlage des öffentlichen Lebens gemacht. Wir verhehlen uns nicht die Gefahren, welche es mit sich bringt, so lange Pressefreiheit, Versammlungs- und Vereinsrecht polizeilich verkümmert sind, die Volksschule unter lächerlichen Regulationen steht, die Wahlen bürokratischen Einwirkungen unterworfen sind, zumal da die Verfassung der Diäten die Wahlbarkeit beschränkt. Aber da die Garantien nicht zu erreichen waren, haben die Gefahren uns nicht abgeschreckt. Am Volke liegt es jetzt, für die Reinheit der Wahlen einzutreten; angestrengten Bemühungen wird es gelingen, seine Stimme wahrheitsgetreu zum Ausdruck zu bringen, und dann wird das allgemeine Wahlrecht selbst das feste Bollwerk der Freiheit sein, wird es die in die neue Zeit hineinragenden Trümmer des ständischen Wesens wegräumen und die zugesicherte Gleichheit vor dem Gesetz endlich zur Wahrheit machen.

Wir sind entschlossen, die Bundeskompetenz zu befestigen und über alle gemeinsamen Angelegenheiten auszuweisen. Als Ziel schwebt uns vor, daß die parlamentarischen Funktionen des Staates möglichst vollständig in den Reichs-

tag verlegt werden. Auch der preussische Landtag soll sich nach und nach mit einer Stellung begnügen, welche in keiner Weise geeignet sei, dem Ansehen und der Wirksamkeit des Reichstags Eintrag zu thun. Dieses Ziel wollen wir auf dem verfassungsmäßigen Wege erstreben; bis es in dieser Weise erreicht ist, müssen die beiden parlamentarischen Körperschaften ihre Befugnisse wechselseitig achten und einen friedlichen Wettstreit in der Erfüllung des eigenen Berufes betreiben.

Nach dem Beispiele der preussischen Verfassung haben die entsprechenden Unvollkommenheiten in die Reichsverfassung Eingang gefunden. Auf beiden Gebieten sind nunmehr gleichzeitig und gleichmäßig die wesentlichen Reformen zu erstreben, welche die allein sichere Grundlage des öffentlichen Rechts gewähren. Namentlich und vor allem ist das Budgetrecht zu vervollständigen, damit der Volksvertretung der volle Einfluß auf die Staatsgeschäfte zufalle. Nicht minder dringend sind Gesetze, welche eine wirksame Verantwortlichkeit für die Minister und alle Beamte herbeiführen, auf der juristischen Grundlage, daß Jedermann für seine Handlungen einzustehen habe. Im Grunde ist überdies für eine vollständige Repräsentation der verantwortlichen Träger der Regierungsgewalt zu sorgen und ihr Verhältnis zu den Regierungen der Einzelstaaten zu klären.

Durch die Ereignisse des vorigen Jahres und die begonnenen Umgestaltungen haben die Aufgaben des preussischen Staates, der Regierung wie des Volkes, sich vervielfältigt.

Der Anschluß der neu erworbenen Landestheile macht eine energische reformierende Gesetzgebung, welche unter der Herrschaft der konservativen Partei verzögert worden ist und während des Verfassungskonflikts gänzlich geruht hat, dringend und unaufschiebbar. Der schleunige Abschluß war in allen Theilen des Landes zahlreiche Mißstände, wie die Lähmung des Realcredits, die Beschränkung der Freizügigkeit, der Druck des Gewerbes und der Arbeit in den Betrieben der Gewerbeordnung. Die notwendige Verschmelzung der alten und neuen Landestheile verlangt umfassende Reformen in den organischen und anderen wichtigen Gesetzen. Doch schulden wir den neuen Provinzen, welche in Zufut und Verwaltung mancher Vorzüge sich erfreuen, den Schutz dieser Institutionen, die unmöglich durch mangelhafte altpreussische Einrichtungen ersetzt werden dürfen. Die Gleichmäßigkeit ist vielmehr zu bewirken, indem wir ihnen folgen, wo sie uns vortreten. Dem ganzen Deutschland schuldet Preußen das gute Beispiel in Gesetz und Verwaltung, soweit beide den Einzelstaaten vorgehalten sind, denn die Zukunft des gesamten Vaterlandes hängt von diesem Beispiele ab. Wir meinen deshalb, daß der Ausbau und die Revision der preussischen Verfassung nur um so eifriger zu erstreben ist. Nach wie vor verlangen wir die Ausführung der in der Verfassung verheißenen Gesetze und die Reform des Herrenhauses als Vorbedingung aller Reformen. Von diesen stehen weit voran:

Die Entfernung des ständischen Prinzips aus den Gemeinde-, Kreis- und Provinzialverfassungen und die Reform derselben nach den Grundsätzen der Gleichberechtigung und Selbstverwaltung; die Aufhebung der gutsherrlichen Ortsobrigkeit und gutsherrlichen Polizei.

Der Aufschwung des Vaterlandes bedarf dieser sicheren und breiten Grundlagen, die wachsende Größe des Staatsgebietes vermehrt die Gefahren der bürokratischen Einwirkungen, und die in den Verfassungen anerkannten Grundsätze des modernen Rechtes sind unverträglich mit der Herrschaft des Vorwuzugung und Privilegien beruhenden Systems in der Gemeindeverwaltung. Die Bevölkerung aber, die städtische wie die ländliche, hat in den großen und willigen Leistungen in dem letzten Kriege das Anrecht erneuert, ihre dringenden Wünsche endlich erfüllt zu sehen.

Unter den anderen zahlreichen Gegenständen nennen wir: den Schutz des Rechtszustandes durch unabhängige Richter; die Unabhängigkeit und Erweiterung des Richters; die Revision der Gesetze über die Kompetenzkonflikte und die Administrativjustiz; die Ausdehnung der Geschworenengerichte auf alle politischen Strafsachen unter Aufhebung des Staatsgerichtshofes; die Abschaffung der Kautelen und der Steuer für Zeitungen und Zeitchriften.

Eingedenk ihrer schweren Verantwortlichkeit und treu ihren früher ausgesprochenen Grundsätzen hat die Partei in den Tagen der Gefahr und der Entscheidung den Frieden im Innern auf den Grundlagen des verfassungsmäßigen Rechtes hergestellt, die Mittel reichlich gewährt und die Mächtigungen gut geheißen, welche die freie Wirksamkeit des preussischen Berufes sichern sollten. Für die Ehre und Wertschätzung des Vaterlandes werden wir ferner in gleichem Sinne handeln.

Doch spornen die Zeiten der chronischen Kriegsbereitschaft uns an, die neuen Zustände in Deutschland schnell zu befestigen, um bald, jedenfalls nicht später als mit Ende des Provisoriums, zu der so notwendigen Sparsamkeit eines wirklichen Militär-Friedens-Stats zu gelangen. Inzwischen muß die in der Reichsverfassung zugesicherte Verkürzung der Kriegsdienstpflicht bis zum vollendeten 32. Lebensjahre schnell verwirklicht und auf jede mögliche andere Entlastung hingewirkt werden.

Wir hegen nicht die Hoffnung, den zahlreichen Bedürfnissen auf einmal abzugeben, aber wir werden keines derselben aus den Augen lassen und je nach der Gunst der Umstände das eine oder das andere in den Vordergrund stellen. Aber als die unerlässliche Bedingung für das gedeihliche Zusammenwirken der Regierung und der Volksvertretung, für die Verhütung neuer Konflikte erachten wir zu allen Zeiten eine den Gesetzen entsprechende, Recht und Freiheit der einzelnen Staatskörper, wie der Gesamtheit unverbrüchlich achtende Verwaltung. Mißfällen in eine andere Praxis der Vergangenheit muß auf jede Gefahr hin rückfälliges entgegengetreten werden. Nur mit einer gesegneten Regierung können wir Hand in Hand gehen. Mit einer solchen sind wir die richtige Wege aufzufinden bereit.

Eine eindringliche Erfahrung hat uns gelehrt, daß nicht in allen Zeiten für dieselben Aufgaben mit denselben Waffen gekämpft werden darf. Wo so bedeutungsvolle und inhaltschwere Ziele gleichzeitig zu erstreben sind, wie gegenwärtig in Deutschland und Preußen, da genügt es nicht, lediglich an hergebrachten Sagen festzuhalten und zu Gunsten einer einfachen und bequemen Tradition die neuen und mannigfaltigen Bedürfnisse unbeachtet zu lassen. Es bedarf der schmerzlichen und unsicheren Arbeit, den verschiedenartigen Ansprüchen gerecht zu werden, den Gang der Ereignisse zu übermessen und der Gelegenheit den Vortheil abzugewinnen. Die Einzelziele des Liberalismus sind beständige, aber seine Forderungen und Wege sind nicht abgeschlossenen vom Leben und erschöpfen sich nicht in festen Formeln. Sein innerstes Wesen besteht darin, die Zeichen der Zeit zu beachten und ihre Ansprüche zu befriedigen. Die Gegenwart spricht deutlich, daß in unserem Vaterlande jeder Schritt zur verfassungsmäßigen Einheit zugleich ein Fortschritt auf dem Gebiete der Freiheit ist, über den Antrieb hierzu in sich trägt.

Wir sind nicht gesonnen, anderen Fraktionen der liberalen Partei feindselig entgegenzutreten, denn wir fühlen uns Eins mit ihnen im Dienste der

Freiheit. Aber gegenüber den großen Fragen der Gegenwart und in dem verantwortlichen Bewußtsein, wieviel von der richtigen Wahl der Mittel abhängt, streben und hoffen wir, innerhalb der Partei die entwickelten Grundsätze zur Geltung zu bringen.

Berlin, im Juni 1867.

Hermann v. Bennigsen. Berger (Posen). Born (Langenscheidt). Braun (Wiesbaden). Brausewetter (Königsberg). G. von Bunsen. Dr. W. Cohn (Charlottenburg). Graf Dohna. Ellissen (Göttingen). Dr. Kalkon (Königsberg). von Kordenbedt. (Erlangen). Grumbrecht (Hamburg). Dr. Gammacher (Erfurt). Hellwig (Hofmann b. Brislav). v. Hennig (Hirschberg). Jung (Köln). Kammgänger. Knapp (Darmstadt in Nassau). Dr. H. König (Düsseldorf). Koppe (Wollup). Kurlius (Altjahn). Laster. Laug (Trier). Lent (Breslau). Dr. Lette. Lette (Danzig). Dr. Luning (Hildesheim). Dr. Meyen. Dr. Meyer (Thorn). Nebelhart (Kassel). H. B. Oppenheim. Oppermann (Hildesheim). Pannier (Darmstadt). Pieschel (Brumby). v. Puttkammer (Sora). Rautenstrauch (Trier). L. Reichenheim Richter (Berlin). Ridert (Danzig). Roemer (Hildesheim). Samuelson (Königsberg). Schottler (Danzig). Frhr. von Seydlitz (Dresden). Siebert (Wiesbaden). Soltmann. Stephan (Königsberg). Tschow (Hildesheim). Twesten. v. Unruh. v. Waerst. Weber (Stade). Dr. Werenberg (Wien). Dr. Wiß. Woelfel (Lügen).

— [Die gewerblichen Unterstützungskassen in Preußen.] Die gegenseitige Unterstützung im Falle der Hilfsbedürftigkeit ist in den älteren Landestheilen des preussischen Staates eine geübliche Pflicht der Handwerker, Gesellen und Fabrikarbeiter.

Die allgemeine Gewerbeordnung vom 17. Januar 1845 hatte bereits diesen Grundfug in so weit aufgenommen, als sie den Gemeinden die Befugnis erteilte, durch ortstatutarische Bestimmungen alle am Orte beschäftigten Gesellen und Verbindungen der zur Unterstützung ihrer Genossen schon bestehenden Kassen und Verbindungen zuzuwenden. Die Gründung solcher Einrichtungen blieb jedoch noch ein freiwilliger Akt der Vereinsthätigkeit.

Die Verordnung vom 9. Februar 1849, betreffend die Errichtung von Gewerbevereinen, ergänzte jene Befugnis der Gemeindebehörden in zwei wesentlichen Richtungen. Einerseits wurden die Fabrikarbeiter derselben Verpflichtung unterworfen, wie die Gesellen und Gesellen, andererseits sollten die Arbeitgeber — Fabrikbesitzer und selbstständige Handwerker — aus eigenen Mitteln zur Errichtung von Beiträgen an jene Kassen, und zwar bis zur Hälfte des Gesamtbeitrages der von ihnen beschäftigten Arbeiter, herangezogen werden dürfen.

Der Grundfug, daß die Bildung der Kassen dem freien Ermessen der Beteiligten überlassen bleibe, wurde auch hier noch festgehalten. Die Erfahrung, daß dieses Prinzip aufgegeben werden müsse, wenn die Entwicklung jener Einrichtungen entgegenwirkenden hinderlichen Einflüsse beseitigt werden sollten, führte mit voller Uebereinstimmung der Regierung und der beiden Häuser des Landtags zu dem Gesetz vom 3. April 1854, betreffend die gewerblichen Unterstützungskassen.

Dasselbe ermächtigte nicht allein die Gemeinden, die Bildung derartiger Kassen und Einrichtungen durch ortstatutarische Vorschriften zu erzwingen, sondern auch die Bezirks-Regierungen, für diejenigen Gemeinden, in welchen trotz des obwaltenden Bedürfnisses ein entsprechendes Statut nicht zu Stande kam, die auf die Bildung und Regelung der gewerblichen Hilfskassen bezüglichen Bestimmungen zu erlassen. Außerdem wurden solche Handwerkslehrlinge, welche Lohn erhalten, hinsichtlich der Beteiligung an den Kassen, den Gesellen gleichgestellt.

Neben diesen Anordnungen für die in dem Handwerk und in der Fabrikindustrie beschäftigten Arbeiter sagte die Gewerbeordnung zugleich die gegenseitige Unterstützung der selbstständigen Handwerker ins Auge.

Erst auf Grund des Gesetzes vom 3. April 1854 entwickelte sich, namentlich für die Unterstützungskassen der Handwerksgehilfen und Fabrikarbeiter, eine energiegeladene Thätigkeit. Der Handelsminister hat jetzt eine Zusammenstellung in Betreff der zur Zeit in Wirksamkeit stehenden gewerblichen Unterstützungskassen veröffentlicht. Aus derselben geht hervor, daß während 1854 nur 230 Hilfskassen für die selbstständigen Arbeiter, und von diesen Kassen nur einige 60 vorhanden waren, für welche die Arbeitgeber Beiträge leisteten, die Zahl jener Vereine in einem Zeitraum von 10 Jahren (1854 bis 1864) sich auf die Höhe von 3308 gehoben hat, von welchen mehr als 1000 Zuschüsse von den Arbeitgebern erhalten. (Pr. Anz.)

— Ueber das traurige Ereignis am zweiten Pfingsttage bringt die „Staatsbürger-Zeitung“ noch folgende Details:

In dem vom Schuhmacher Seifert vor etwa 14 Tagen gemieteten Zimmer, welches von der Herrschaft und Wohnung des Seifert nur durch eine Verbindungstür getrennt ist, empfing der Lieutenant v. Schewe außer dem Besuche seines Bruders, eines Kadetten, und mehrerer Kameraden auch von seiner zeitweiligen Geliebten, Anna Emma, Pflügetochter eines bei der Pachtammer einer Eisenbahn Angeestellten, bei welchem v. Schewe früher gewohnt hatte. Diese Besuche, bei denen es manchmal wohl etwas heiter und laut vorgegangen sein mochte, erregten das Mißfallen der Seifert'schen Eheleute, daß diese denn auch bei verschiedenen Gelegenheiten zu erkennen gaben, so daß endlich der Auszug des Lieutenants zum 11. Juni, dem dritten Pfingsttage, verabredet wurde.

Trotzdem kam es noch am ersten Pfingstfeiertage zu einem Streit, der sich jedoch auf Meinungsäußerungen beschränkte.

Erst am zweiten Pfingstfeiertage, als Nachmittags in der Wohnung des Lieutenants außer ihm und seinem Burken, der inzwischen nach Selterwasser geschickt worden war, nur noch der Kadett v. Schewe und Anna Emma anwesend waren, nahm die Einmischung des Wirthes in die Privatangelegenheiten seines Miethers größere Dimensionen an, die zu der tragischen Katastrophe führten.

Allerdings soll nach der Angabe der Ehefrau des Getödteten der Streit zwischen ihrem Manne und dem Lieutenant eine ganz andere Ursache gehabt haben, als jene Einmischung, nämlich folgende:

Am Vormittage des Montag, als Seifert nicht zu Hause war, soll der Lieutenant ein Paar Handschuhe und 10 Sgr. vernimmt und dabei zu seinem Burken geäußert haben, die Wirthsleute würden wohl darum wissen. Als dies der Frau Seifert hinterbracht worden, sei sie sehr entrüstet darüber gewesen, daß man sie in Veracht habe. Gleiche Entrüstung darüber habe ihr Mann nach seiner Rückkehr empfunden, und in diesem Gefühle sei er in das Zimmer des Lieutenants gedrungen, um diesen zur Rede zu stellen.

Wie dem nun aber auch sein mag, Thatsache ist, daß bei dem Wortwechsel zwischen dem Seifert und dem Lieutenant nicht bloß von den abhanden gekommenen Gegenständen, sondern vorzugsweise von den Damenbesuchen des Lieutenants die Rede war, über welche sich der Wirth in einer Weise ausließ, die schwere Beleidigungen ebensoviel für den Offizier, wie für das junge Mädchen

Der dritte deutsche Schriftstellertag.

Am 9. und 10. Juni in Leipzig.

*** Vor zwei Jahren zum ersten Mal — mindestens seit sehr langer Unterbrechung — traten die deutschen Schriftsteller zusammen, um auch ihre gemeinsamen Interessen Beratungen zu unterziehen.

Damals hatten sich mehr als 80 Personen zusammengefunden u. obwohl Prof. Hofmayer meinte, es sei ja nur das „kleine Getrappel“ gekommen, so fügte er doch hinzu, er schäme es sich zur Ehre, selbst zu diesem kleinen Getrappel zu zählen. Inzwischen konnten damals die Aemter des Vorstandes doch bereits Schriftstellern übertragen werden, deren Namen unter den ersten Deutschlands bekannt sind: Wittke, Karl Freytag, Fr. Friedrich, Wehl und Hermann Schmidt.

Diesmal war der Schriftstellertag zum kaum 50 Mitglieder besetzt und obwohl unter diesen zweifellos die größte Zahl zu den bekanntesten und geschätztesten deutschen Schriftstellern gehört, so ist es doch recht sehr zu beklagen, daß so mancher gute Name hier durch seine Abwesenheit glänzte.

Es ist traurig, daß diejenigen, welche die geistigen Führer und Leiter des Volkes sind, so gern einjame Wege gehen; es ist zu bedauern, daß jetzt, da Zusammenhalten und Einheit allein das deutsche Volk vor dem Verderben schützen können, gerade die Bewahrer seiner höchsten Güter die Vereinigung verschmähen; es ist sehr zu beklagen, daß so mancher große Schriftsteller weder den Opfermuth noch die Hochherzigkeit besitzt, um den Interessen seines Standes — um der Wohlfahrt des ganzen Volkes einige Tage zu widmen!

Denn um was handelt es sich bei den Beratungen des deutschen Schriftstellertages? Um Ermöglichung der Pressefreiheit in ganz Deutschland, Ermöglichung einer gemeinsamen Pressegesetzgebung, insbesondere in Betreff des Schutzes geistigen Eigentums, des Schutzes gegen Nachdruck, der Eigentumsficherheit dramatischer Schöpfungen. Und in der That, die Erfüllung dieser Forderungen ist doch wohl das Geringste — was das deutsche Volk seinen Schriftstellern schuldig ist!

Ja, Schimpf und Schande über das mitteilidige Abschleichen, mit dem der behäbige Geldmann seinen Bazen in die „Sammlung für den nothleidenden Schriftsteller“ wirft; Schimpf und Schande darüber, daß alle Augenblicke eine öffentliche Beteile für große und unzweifelhaft hochverdiente Dichter und Schriftsteller in Scene gesetzt werden muß. Gebt uns was Unser ist und es werden weder sogenannte Ehrengaben oder „Dotationen“, noch sonstige „Unterstützungen“ für die Schriftsteller nöthig sein.

Das sind wahrlich keine bloßen Phantasiegebilde oder gar nur Affirmationen. Möge die deutsche Gesetzgebung die Verhältnisse des geistigen Schaffens regeln, möge sie das geistige Eigentum — wie recht und billig — sichern, und all die sogenannte Mißere des Schriftstellerstandes wird dann ein Ende haben. Denn der wirklich tüchtige Schriftsteller wird dann, befreit von der Abhängigkeit der Verhältnisse, sich selbst unsicher ein erträgliches Loos bereiten — und auch seinen unverdienten unglücklichen Genossen hülfreich beistehen können.

Oder sollte wirklich das deutsche Volk sich das Testimonium paupertatis geben wollen: daß unsere letzte Behauptung eine Unmöglichkeit berge? Der englische, der französische u. s. w. Schriftsteller kann in verhältnismäßig kurzer Zeit zu beträchtlichem Wohlstand gelangen, während in dem hochgeprägten Deutschland allerdings die nur zu bittere Frage entgegentritt: wie viele Schriftsteller giebt es wohl, die durch ihr Schaffen sich eine behagliche Existenz erringen, geschweige denn solche, die reich geworden; wie viele giebt es dagegen, die in braver rastloser Arbeit, Tag für Tag, von früh bis spät sich abmühen, und dennoch kaum den Nothbedarf ihrer Familien zu decken vermögen, obwohl sie oft genug keineswegs den Reichen der Mittelmäßigen angehören? — (während es, im Gegentheil, den letztern ja meistens ganz gut ergeht). Und an diese gar betrübende Thatsache, mit der diese Frage beantwortet werden muß, knüpft sich eine noch viel tröstlichere; die nämlich, welche in dem fortpirten, doch jetzt leider oft genug lebenswahren Volksauspruch liegt: „Armut macht nicht bloß blöde, sondern bringt auch Schmach.“ Nun freilich, den Verschleiden, Blößen hält man ja heutzutage mindestens von vorne herein für einen Lump — nach Goethe's klassischem Ausspruch. Damit ist es denn selbstverständlich auch erklärt, warum das große Publikum dem ganzen Stande in

Deutschland niemals die Hochachtung und Verehrung entgegenbringt, auf die der hervorragende Schriftsteller unzweifelhaft den gerechtesten Anspruch hat — und die ihm wohl oft genug Bedürfnis ist.

Doch wir gelangen zu der Behauptung zurück, daß, angesichts der immer mehr verallgemeinerten regamen geistigen Entwicklung in den letzten Jahrzehnten, angesichts des immer freudigeren Eindringens von Aufklärung und Licht auch in die unteren Volksschichten, jeder tüchtige deutsche Schriftsteller mindestens eine bescheidene glückliche Existenz für sich und die Seinen gründen und erhalten könnte, wenn nur eben die Verhältnisse des Standes geklärt und gesicherter wären.

Dies aber, im Allgemeinen, wie in den speciellsten Beziehungen, ist ja die Aufgabe des „deutschen Schriftstellervereins“ und insbesondere Gegenstand der Beratungen dieses „zweiten deutschen Schriftstellertages.“

Am Sonnabend Abend wurden die fremden Schriftsteller von den einheimischen Leipziguern begrüßt und empfangen. Die Versammlung am ersten Pfingsttage eröffnete Prof. Wittke mit einem martigen Hinweis auf die Verhältnisse und die Nothwendigkeit, die oben erwähnten Ziele wenn möglich zu erringen.

Dr. Freytag aus Berlin wurde zum Präsidenten erwählt und übernahm den Vorsitz mit ausdrücklicher Erinnerung daran, daß hier jegliche politische Beziehungen aus dem Spiele bleiben müßten; Prof. Wittke und Dr. Friedrich waren die Referenten über die eingegangenen Vorlagen. Die Ergebnisse der allgemeinen, sowie der dann über die einzelnen Forderungen sich ergebenden Specialdebatten werden wir späterhin mittheilen.

In der Versammlung waren neun Berliner anwesend, zwei Schriftsteller aus Wien (Prof. Richter und Dr. Silberstein), einer aus Prag (Kreuzberg), einer aus München (Herrn Schmidt), alle übrigen waren aus Nord- und Mittel-Deutschland, während aus Süddeutschland leider nicht mehrere gekommen waren.

Von den bekanntesten theilnehmenden Schriftstellern sind, außer den bereits erwähnten, sowie sämtlichen Vorstandsmitgliedern noch zu nennen: Gustav Kühne, Friedrich Hofmann, Gerstäder, Rudolf Genée, Hiltl, Karl Schultes,

enthielten. Ja, Seifert forderte sogar, daß sich das Bessere sofort entfernen solle, welches unberechtigte Verlangen der Lieutenant damit beantwortete, daß er den Lobenden aufforderte, sein Zimmer zu verlassen, widrigenfalls er sein Hausrecht gebrauchen werde.

Als Seifert dieser Aufforderung nicht nachkam und in seinen Beleidigungen des Lieutenant und des Mädchens fortfuhr, drohte ihm v. Scheve, daß wenn er nun nicht das Zimmer verlasse, er ihn erschießen würde. Dabei griff er nach einem sechs-läufigen Revolver, den er sich erst vor 14 Tagen gekauft hatte und der auf seinem Schreibtische lag.

Wahrlich ist es, daß Seifert, der da rief, daß er sich durch solche Drohung nicht schrecken lasse, den Lieutenant angefaßt hat, um ihm den Revolver zu entreißen; auch das junge Mädchen bemühte sich, die That zu vereiteln, indem sie dem Lieutenant in den Arm fiel, wurde aber von ihm zurückgestoßen, während der Kadett das Zimmer verlassen hatte, um sich vor die Thür zu positionieren. Auch den Seifert scheint der in den höchsten Zorn gebrachte Lieutenant von sich geschleudert zu haben; denn er feuerte den Revolver in einer gewissen Entfernung auf seine Brust ab, jedoch infolgedessen erfolglos, als die Kugel durch den zugeknöpften Rock des Seifert abgeschwächt, von einem Stuhl Brustknöchel abprallte — wie sich bei der Besichtigung der Leiche durch uns selbst ergab.

Beim Knall dieses ersten Schusses stürzte die Frau Seifert mit zwei bei ihr anwesenden jungen Männern in das Zimmer, um noch zu sehen, wie ihr Mann dem Lieutenant bei der Brust gefaßt hatte, gleich darauf aber in Folge eines zweiten Schusses zusammenbrach. Die Kugel dieses zweiten Schusses war in die linke Seite des Seifert dicht unter den Rippen eingebracht und hatte dort (nach der Erklärung des schnell herbeigerufenen Dr. Weiß) ihren Weg durch die Milz und den Magen genommen.

Der Tod des Getroffenen trat schon nach wenigen Minuten ein, nachdem er von der Frau Seifert und ihren Bekannten in ihre Wohnung gebracht worden war. Anna Ewald war gleich nach dem zweiten Schusse aus dem Zimmer und aus dem Hause geflüchtet. Der Kadett, ein etwa 14-jähriger Knabe, blieb dagegen auf dem Gange vor der Thür mit seinem gezogenen Säbel stehen, drohend Jeden zu erschlagen, der seinem Bruder etwas thun wollte. Erst die herbeigekommenen Schenkler veranlaßten seine Entfernung aus dem Hause. Seifert ist 36 Jahr alt, aber nicht Soldat gewesen; dagegen hinterläßt er zwei Kinder von resp. 3 Jahren und 8 Wochen.

(Der von uns vorgefunden gebrachte erste Bericht stimmt im Wesentlichen überein mit dem der „Neuen Berliner Nachrichten“, einem Blatte, das in seinem amtlichen Theile Organ des kgl. Polizei-Präsidii ist. Die Redaktion.)

Frankfurt, 10. Juni. Die französische Regierung hat, auf den Wunsch des Unterrichtsministers, ihren im Auslande residierenden Gesandten, Konsuln und Agenten Auftrag erteilt, über die Organisation, die Rechtsverhältnisse der Universitäten und anderer höherer Bildungsanstalten, über Prüfungen und Diplome, über die Stellung der Professoren, deren Anzahl, Gehalte und sonstige Einnahmen u. ausführlich Bericht zu erstatten. Man denkt in Paris ernstlich an eine Reform der französischen Universitäten, die Manches zu wünschen übrig lassen. Von Deutschland dürfte in dieser Beziehung noch Manches zu lernen sein. Namentlich ist das Verhältnis unserer Professoren zu den Studenten ungleich besser, wie das in Frankreich. Dort ist der Lehrende lediglich auf den Gehalt angewiesen, den er vom Staat bezieht; Zahl und Fortschritte der Lernenden haben wenig Interesse für ihn, als für seinen deutschen Kollegen, dem es nicht gleichgültig ist, ob er vor leeren Bänken oder im gefüllten Hörsaal Vortrag hält.

Halle, 7. Juni. Das Festprogramm zur Jubelfeier der vereinigten Friedrichs-Universität Halle-Wittenberg ist in folgender Weise festgestellt worden: Mittwoch, den 19. Juni, 6 Uhr Abends: Concert des akademischen Gesangsvereins im Saale des Volkshausgebäudes. Von 8 Uhr ab: Freie Vereinigung der Universitätsmitglieder mit den angekommenen Gästen auf dem Jägerberge. — Donnerstag den 20. Juni, 9 Uhr Vormittags: Akademischer Vortragsabend in der Domkirche. 11 Uhr: Festliche Begrüßung in der Aula der Universität. 4 Uhr Nachmittags: Städtisches Fest: Gondelfahrt von der Weintraube nach Wittenberg; Concert und Feuerwerk daselbst. — Freitag den 21. Juni, 10 Uhr Vormittags: Versammlung im Universitäts-Gebäude und Festzug nach der Marktkirche. Deutsche Festrede des Rectors und Ehrenpromotionen daselbst. 3. Uhr: Festmahl auf dem Jägerberge. Abends: Fackelzug der Studierenden und allgemeiner Commers in der Weintraube.

Thorn, 11. Juni. Eine Deputation, 5 größere Grundbesitzer aus den Kreisen Stralsburg und Thorn, hat sich dieser Tage zum Hrn. Handelsminister nach Berlin begeben, um bei demselben betreffs des Baues der Eisenbahnlinie Insterburg-Thorn vorstellend zu werden. — Aus Polen erfährt die „D. Z.“, daß auf der Eisenbahn von Alexandrowo bis Warschau großartige Vorbereitungen getroffen werden, um den Kaiser Alexander, falls er den Weg zur Heimkehr über Warschau wählen sollte, würdig zu empfangen.

Bayern. München, 10. Juni. Zum bayrischen Militärbefehlsmächtigen in Berlin ist der „Allg. Btg.“ zufolge Generalmajor Frh. v. Dw ernannt.

Sachsen. Dresden, 11. Juni. Am ersten Pfingsttage zogen die hiesigen Wachen in neuen Uniformen auf, begleitet von einer unübersehbaren Menschenmasse, welche sowohl der neuen Uniformierung als auch der neuangeordneten Sanitätscharenmusik ungeheuren Beifall spendete. Die alten Uniformen werden trotzdem noch fortgetragen, wie es heißt bis zum 1. April l. J., nur auf Wache und bei der Parade tritt die neue Uniform an Stelle der alten.

Ludwig Habicht, Rob. Schweidel, Karl Ruff, Albert Träger, Anton Riendorf, Robert Waldmüller (Duboc) und Julius Wühlfeld; auch sechs Schriftstellerinnen waren anwesend, unter denen wir Louise Otto, Anna Eddn, Auguste Schmidt und Rosalie Schönwasser, Claire v. Glümer zu bemerken glaubten.

An die Beratungen des ersten Tages schloß sich am freilichsten Zusammenkommen, bei dem sich, außer den Damen, fast sämtliche Teilnehmer wieder zusammengefunden hatten. Hier ging es allerdings sehr frohlich her und die Zusammenkünfte waren humoristisch und Toaste von Frenzel, Wehl, Jähle u. A. ließen sich hören, unter denen namentlich eine geistreiche Rede des Notars Judeich allgemeinen Beifall fand. Dann sprach Silberstein aus Wien Worte, die in jedes Anwesenden Brust den schmerzhaftesten wie den erhabensten Wiederhall finden mußten und mit ihm begeistert in den Wunsch eintraten: lassen: auch unsere fernsten deutschen Brüder möchten bald vollständig und einzig mit uns zum ganzen Deutschland gehören!

Karl Ruff aus Berlin widmete dem seit dem ersten Schriftstellertage ja leider verstorbenen edlen volkshumlichen Schriftsteller Hofmähler einen Nachruf, und Friedrich Gerstäder eben so dem Arnold Schlönbach, und beide Anreden wurden von den Anwesenden durch Erheben von den Sigen gelehrt.

In dem zuerst vorliegenden Gegenstande der Beratungen: Sicherheit des literarischen Eigentums, wurden folgende Beschlüsse gefaßt. 1) Eine Petition, welche ebenfalls an das Norddeutsche Parlament, als an den Reichsrath und die Abgeordnetenhaus der übrigen deutschen Staaten gerichtet werden soll, sucht ein gleiches Pressegesetz für ganz Deutschland zu erlangen. 2) In demselben sollen, nach hier vereinbarten Grundsätzen, namentlich die Verhältnisse des Nachdrucks geregelt, und insbesondere die Entschädigungen für die Schriftsteller normirt werden. 3) Eine Ueberwachung sämtlicher Zeitungen und Zeitschriften in Betreff des Nachdrucks wird vorläufig durch monatliche Listen ermöglicht werden, in denen regelmäßig sämtliche Beilagen angegeben sind und die unter den Mitgliedern circuliren. 4) Zugleich sollen sämtliche deutschen Zeitungen aufgefordert werden, sich des Nachdrucks zu enthalten; um dagegen allen minder gut situierten Blättern dennoch Stoff für ihr Beilagen zu ermöglichen, soll diesem Circular eine Liste beigefügt werden, in welcher die Namen derjenigen Schriftsteller verzeich-

Württemberg. Stuttgart, 10. Juni. In den nächsten Tagen werden 6000 preussische Zündnadelgewehre zur Einübung unserer Infanterie eintreffen. — Die Reorganisation der Artillerie ist im Wesentlichen durchgeführt; sie besteht in der Trennung der Feld- von der Festungs-Artillerie, in der Einführung des preussischen Hinterladers mit durchaus gleicher Art der Bedienung in sämtlichen Feldbatterien, in der Reduktion der letzteren von 8 Geschützen auf 6 und in der Bildung der Depot-Abtheilungen und Munitions-Kolonnen aus den geschlossenen Bataillonen. Diese Aenderung insbesondere gestattet einen leichteren Uebergang von der Friedens- zur Kriegsförmation.

Oesterreich.

Triest, 13. Juni. Nachrichten der Ueberlandpost: Hongkong, 29. April. Der Kaiser von Japan hat seinen Entschluß erklärt, die mit den fremden Mächten abgeschlossenen Verträge vollständig zur Ausführung bringen und alle Vertreter dieser Mächte nach Osaka einladen zu wollen. — In Kanton wird eine Flotille von Kriegsdampfern errichtet. Nanjing, Haug-Tschu und Weng-Tschu sollen demnächst dem Fremdhandel geöffnet werden.

Frankreich.

Paris, 11. Juni. Die gerichtlichen Verhöre von Personen, die verdächtig sind, in irgend einer Beziehung zum Attentat vom 6. Juni zu stehen, mehren sich. Ein vom Unter-Staatssekretär des Ministeriums des Innern, Herrn de St. Paul, an die befreundeten Journale gerichteter Rundschreiben ersucht dieselben, mit Mittheilungen über das Attentat von jetzt ab so „sobre“ als möglich zu sein. Das flüchtige Pariser Publikum denkt im Großen und Ganzen aber schon nicht mehr des Mordversuches, und die Reihe ist jetzt an den Provinzen, durch nicht enden wollende Adressen an den Kaiser ihr Interesse an der vereitelten That darzulegen. Auch die Armee schließt sich diesen Kundgebungen an.

Der „Independance Belge“ wird von hier geschrieben: „Nach dem, was über Verezwowski verlautet, ist er fortwährend sehr ruhig; er giebt zu, er habe ein großes Verbrechen begangen, das wir wohl, aber er bereue es nicht, da sein Bruder von den Russen gehängt, seine Schwester geschändet und sein Vater nach Sibirien verbannt worden sei.“ — Man versichert, daß der Polizeipräsident Pietri in Folge des Attentats seine Entlassung eingereicht hat. Ob sie angenommen wurde, ist noch nicht gewiß. Gestern Abend sollen wieder Verhaftungen vorgenommen worden sein.

Seitens des Ministeriums des Innern wird die Ente in Umlauf gesetzt, daß am 17. Juni ein preussisch-französisch-russisches Manifest der Welt eine allgemeine Entwaffnung verkünden werde. In diplomatischen Kreisen dementirt man die Sache energisch.

Der Caesar empfing heute Morgen noch die französischen Minister im Elysee und wurde um 12 Uhr von Kaiser und Kaiserin zur Fahrt nach Fontainebleau abgeholt. Vorher verließ er den Generalen Fleury und Leboucq, so wie Herrn Hausmann und dem Baron Bourgoing das Großkreuz des Alexander-Nikolajewski-Ordens. Ebenso wurden alle Würdenträger des Zarenhofes mit russischen Auszeichnungen bedacht, wogegen Napoleon III. sämtliche Herren aus der Umgebung Kaiser Alexanders mit den verschiedensten Graden der Ehrenlegion bedachte. Die Söhne des russischen Kaisers begeben sich nicht mit ihm nach Darmstadt, sondern reisen vielmehr nach Nizza, um die Grabstätte ihres ältesten Bruders zu besuchen. Herrn Hausmann hat Alexander II. bei der Abreise angekündigt, daß sehr wahrscheinlich die Reise des 11. Octobers die Kaiserin von Rußland auf 14 Tage nach Paris kommen werde.

Ueber Abmachungen in politischer Beziehung verlautet natürlich nichts Bestimmtes. Nur so viel ist sicher, daß es gelungen ist, sich über die Abfassung der vielbesprochenen Note an den Sultan mit Bezug auf Kreta derart zu einigen, daß dieselbe dem letzteren noch vor seiner Abreise nach Paris überreicht werden wird. Die von England geforderten Abmachungen des ursprünglichen Textes wurden in den Zehn der Abmachungen aufgenommen. Der Marine-Minister Rigault de Genouilly wird Abdul Aziz in Toulon im Namen des Kaisers begrüßen. Im Auftrage des Sultans hat hier Djemil Pascha so eben einen Schluß im Werthe von zwei Millionen bestellt, welcher zu einem Geschenk für die Kaiserin bestimmt ist.

Paris, 12. Juni. Der Großherzog von Mecklenburg-Schwerin ist heute hier eingetroffen.

Der „Abendmoniteur“ sagt in seiner Wochenrundschau: Alle deutschen Journale beglückwünschen die Anwesenheit des Königs von Preußen in Paris und den herzlichen Empfang seitens des Kaisers als ein glückliches Ereignis. Die Schwierigkeiten der Luxemburger Frage seien jetzt zu gemeinsamer Zufriedenheit geebnet. Die ganze preussische Garnison werde demnächst die Festung und das Großherzogthum geräumt haben und durch 1000 Luxemburger ersetzt werden.

Bei Besprechung des Attentats sagt der „Moniteur“: Alle Völker danken der Vorsehung für die Erhaltung des Czaren. Frankreich und Rußland vereinigen sich in dem einen gemeinsamen Gedanken, daß das Attentat keine andere Folge haben wird, als die Bande des Vertrauens und der Freundschaft, welche zwischen beiden Reichen und ihren Souveränen bestehen, noch fester zu knüpfen.

„Etandard“ versichert, daß der Papst den Wunsch ausgedrückt

net sind, die unter billigen Bedingungen den Wiederabdruck ihrer Arbeiten gestatten. 5) Soll auf den Abschluß eines Vertrages zum Schutze gegen den Nachdruck mit allen civilisirten Staaten, ganz besonders aber mit der Schweiz, hingewirkt werden.

Als Grundlagen für die Verabreichung des zweiten Gegenstandes: Pressefreiheit, hatten Professor Wuttke und Jodann eine Kommission, welche aus Prof. Richter, Prof. Warbach und Gustav Kühne bestand, Vorlagen ausgearbeitet. Es wurde beschlossen, in den Anträgen an die gesetzgebenden Versammlungen vornehmlich folgende drei Punkte ins Auge zu fassen: 1) Geschworenengerichte für sämtliche Pressevergehen. 2) Wegfall der Zeitungs-Kautionen. 3) Freigebung jeglicher Verbreitung von Drucksachen; Warbach sprach noch besonders nachdrücklich gegen ein großes Uebel unseres Zeitungswezens: die Anonymität.

Ein Vorschlag, der von Frenzel nur zur Verabreichung gestellt, die Gründung einer Darlehnskasse, wurde insoweit bereits der Verwirklichung entgegengeführt, als man den Beschluß faßte, sowohl einen Theil des jährlichen Mitgliedsbeitrages, als auch gewisse Projekte von den Erträgen sämtlicher Nachdrucksprozesse für diesen Zweck ansammeln zu lassen.

Auf den Antrag Genées wurde sodann die Gründung eines Organs für die gesammte Schriftstellere Welt beschlossen; dasselbe soll, indem es die Interessen der Schriftsteller, als den Schutz gegen Nachdruck u. s. w. wahrnimmt, für diese, indem es aber zugleich die Berührungspunkte zwischen ihnen und den Buchhändlern sorgsam ins Auge faßt, auch für diese letzteren, und indem es schließlich Mittheilungen über das Leben und Wirken der Schriftsteller in discreter Weise bringt, auch für alle Freunde unserer zeitgenössischen Literatur ein allgemeines Interesse beanspruchen dürfen. Als Vorort für den nächstjährigen Schriftstellertag wurde Dresden bestimmt. Die Wahl des neuen Vorstandes fiel auf folgende Mitglieder: Frenzel und Friedrich aus Berlin, Silberstein aus Wien, Judeich und Kühne aus Dresden, Warbach aus Leipzig und Schmid aus München.

Auch am zweiten Tage vereinigten sich die Teilnehmer und ebenso die anwesenden Schriftstellerinnen zum gemeinsamen Mittagmahle und weiterem geselligen Beisammensein, an denen auch Frauen mehrerer Mitglieder, so wie

habe, Paris zu besuchen. — Der Sultan wird am 2. Juli eintreffen.

Paris, 13. Juni. Der König von Preußen besuchte gestern die Egoits und die Anlagen auf den Buttes de Chaumont, nahm das Diner bei dem britischen Botschafter, Lord Cowley, ein und begab sich gegen 11 Uhr Abends auf den Ball der preussischen Botschaft, auf welchem demnächst auch der Kaiser und die Kaiserin, begleitet von dem Prinzen Humbert und den übrigen fürstlichen Personen, erschienen. Das französische Herrscherpaar verließ den Ball gegen 2 Uhr Morgens, eine halbe Stunde später kehrte auch der König nach den Tuileries zurück. Der Ball war überaus glänzend.

In Anbetracht der Theuerung der Lebensmittel ist durch kaiserliche Verfügung der Sold der Linientruppen bis zum 31. Dezember d. J. um 4 Cent. per Tag erhöht worden.

Spanien.

Madrid, 11. Juni. Einer glaubwürdigen Version zufolge meldet die „Epoca“, daß die Königin zum hundertjährigen Jubelfeste nach Rom gehen werde; entweder vorher oder nachher werde sie mit der Infantin Isabella die Pariser Ausstellung besuchen; später würde auch der König und der Prinz von Asturien nach Paris gehen. Der Marschall Narvaez wird die Königin begleiten.

Türkei.

Belgrad, 13. Juni. Der Fürst von Serbien betraute für die Dauer seiner Reise den Ministerrath mit der Regentschaft.

Lokales und Provinzielles.

Posen, den 14. Juni. [Öffentliche Sitzung der Stadtverordneten am 13. d.] Eröffnung um 4 1/2 Uhr Nachmittags unter dem Vorsitze des Kaufmanns B. Jaffe. Anwesend sind die Stadtverordneten Anderjch, B. S. Jaffe, Bielefeld, Briste, Dahlke, Federt, Garfey, Dr. Santke, L. Jaffe, Knorr, Mäge, Mügel, Nitzkowski, Reimann, R. Schmidt, G. Schulz, L. Tark, Walthers, Dr. Wenzel. Der Magistrat ist vertreten durch den Oberbürgermeister Geheimr. Raumann und die Stadträte Annus, Berger, Kaaß.

Der Vorsitzende macht der Versammlung folgende geschäftliche Mittheilungen. Rechtsanwält Pilet, der erste Vorsitzende des Kollegiums, zeigt an, daß er in der Zeit vom 6. bis 23. Juni c. in Folge einer Reise abgehalten sei, seinen Funktionen als Stadtverordneter nachzukommen. Auch der Stadtverordnete C. Maillot macht Anzeige, daß er eine Reise angetreten habe und erst Ausgangs Juni c. von derselben zurückkehre. Der Protokollführer der Versammlung, Stadtschreiber B. B., ist gleichfalls vom 3. Juni c. ab auf 4 Wochen beurlaubt. Der von der Versammlung als stellvertretender Protokollführer designirte Stadtverordnete Lüpke wird gegenwärtig durch Krankheit zurückgehalten und hat sich deshalb mit dem Stadtverordneten Dahlke in Verbindung gesetzt, behufs Führung des Protokolls in den Sitzungen der Versammlung. Stadtverordneter Dahlke hat auch bereitwillig die Protokollführung übernommen.

Tagesordnung: Der 1. und 2. Gegenstand, betreffend die Nachweisung über die vorhandenen Fonds der Rumfort'schen Suppenfond-Nachung pro 1864, mußte vertagt werden, weil die Kommissionsberichte noch nicht eingegangen sind.

3) Betreffend die Desinfection der Kloakengruben und die diesbezügliche von der Sanitäts-Kommission zu treffenden Maßregeln.

Die Desinfection der Kloakengruben ist seit dem vergangen Sommer in mehreren Städten zwangsweise eingeführt worden, eine Maßregel, die sich in sanitätlicher Hinsicht überall als sehr heilsam erweist und auch in unserer Stadt ihre segensreichen Folgen für die Gesundheit haben würde. Der Stadtverordnete R. Schmidt und Genossen beantragen daher bei der Versammlung: 1) den Magistrat zu veranlassen, daß derselbe mit der Polizeibehörde in Verbindung trete, behufs Feststellung derjenigen Maßregeln, welche zur Desinfection der Kloakengruben erforderlich sind; 2) die im vorigen Jahre aus der Versammlung ernannte Sanitätskommission für eben denselben Zweck aufzufordern, daß sie ihren Vorschlägen nachkomme und ihre Wirksamkeit verstärke. In der Motivirung des Antrags hebt der Stadtverordnete R. Schmidt hervor, daß, wenn sich die zwangsweise Einführung der Desinfection noch nicht sollte bewerkstelligen lassen, doch energische Maßregeln ergriffen werden müssen, um den gesundheitsgefährlichen Einwirkungen der Kloakengruben, dem furchtbaren Infections-herde, entgegenzuwirken. Die von der Versammlung gewählte städtische Sanitätskommission soll ihre Thätigkeit auch hauptsächlich nach dieser Richtung hin ausdehnen und der Versammlung über den Erfolg Bericht erstatten, was bis dahin nicht geschehen ist.

Seitens des Magistrats wird in Betreff dieses Gegenstandes geltend gemacht, daß die Einführung der Desinfection der Kloakengruben eine sehr ausgedehnte Arbeit veranlaßt und sich nicht so schnell abwickeln läßt. Die von der Versammlung ernannte Sanitätskommission kann nur in Vereinigung mit der polizeilichen Sanitätskommission wirken. Die Initiative müsse vom Polizei-Präsidenten ergriffen werden.

Der Antrag des Stadtverordneten R. Schmidt wird durch Majoritätsbeschluß der Versammlung genehmigt.

Der 4. Gegenstand, betr. die Wahl eines Schiedsmannes für das V. Revier, wird vertagt.

5) Schreiben des Magistrats in Magdeburg wegen Annahme der Real- und Abiturienten zu Universitäts-Studien. Der Magistrat hat einige Magistrate anderer Städte ersucht, einem Gesuch, in welchem er um Zuerkennung der Fakultät in der Medizin und im Jus für die zu Universitätsstudien übergehenden Real- und Abiturienten bei der l. Regierung petitionirt, beizutreten. Auf dieses Schreiben antwortet der Magistrat in Magdeburg, daß er gleichfalls beim Staats-Ministerium um Zulassung der Real- und Abiturienten zu Universitäts-Studien petitionirt hat, zunächst aber nur um die Fakultät in den Naturwissenschaften und der Mathematik, dieselben auch auf Medicin und Jura zu erstrecken, findet er nicht für angemessen und

andere Personen theilnehmen. Unter den hier ausgetragenen Toaste und Reden werden alle Anwesenden, namentlich die von Judeich und Albert Träger wohl dauernd im Gedächtnis verbleiben. Ein Hoch den Frauen und ihren Befähigungen, ausgebracht von Warbach, beantwortete Frau-lein Auguste Schmidt in eben so würdiger als gewandter Weise. Neben den hohen, edlen und humanen Befähigungen der deutschen Schriftsteller, sagte sie, möge man auch den deutschen Frauen das Ringen nach einem erhabenen Ziele gestatten, und dies sei ja in all' ihrem Beginnen nichts Anderes, als die Arbeit, das Recht zu der ihrer würdigen und zugleich ausreichend einträglichen Arbeit. Wir sind der Ueberzeugung, daß diese einfach lebenswahren und so überzeugend wie zugleich begeistert für diese Sache gesprochenen Worte selbst den ärgsten Widerstrebenden zum Schweigen gebracht hätten — wie sie andererseits gerade in diesem Kreise ihre Wirkung dahin gewiß nicht verfehlt haben werden, daß sie Männen milder und gerechter über diese Frauenbestrebungen denken, Andere aber desto wärmer und überzeugungsstärker daran Theil nehmen lassen werden.

Ueber den Schriftstellertag im Allgemeinen seien uns noch folgende Bemerkungen zum Schluß gestattet: in der Versammlung, welche eine Anzahl der allerbedeutendsten, nicht minder mehrere der thätigsten und strebsamsten und vorzugsweise viele der am besten situierten deutschen Schriftsteller aufwies, wurde alle jene, die Schriftstellere Welt in ihren materiell und geistig wichtigsten Interessen schädigende Punkte nicht bloß mit Eifer und Ernst, sondern auch mit hoher Verlaugnung aller Sonderinteressen verhandelt. Wir dürfen daher an die Erreichung dieser vorgestetzten Ziele, wenn auch keine hochfliegenden Illusionen, so doch die zuversichtlichsten und freudigsten Hoffnungen knüpfen. Vor Allem aber sind wir, durch den Verlauf des zweiten Schriftstellertages zu der Ueberzeugung gelangt, daß die hier Anwesenden in all' ihrem Streben, in kräftiger That, wie in weiser Mäßigkeit, im Ringen nach den höchsten Zielen der Humanität, der Erhebung und Beglückung aller Menschen, ebenso wie im Kampfen und Dulden für ihre hohen Aufgaben — stets der Ehre und Würde des deutschen Schriftstellers sich bewußt sind und diese ihre heiligsten Güter zu wahren wissen.

tritt deshalb dem Antrage des hiesigen Magistrats nicht bei, ersucht aber um Mittheilung des schließlichen Resultats über die Verhandlungen unseres Magistrats mit der k. Regierung. In dem Schreiben wird ferner angeführt, daß auch die Magdeburger Realhufe in den Unter- und Mittelklassen überfällt. Der Magistrat beabsichtigt aber dadurch eine Abhilfe herbeizuführen, daß er Mittelschulen errichtet, für die er um die Berechtigung zum einjährigen Militärdienst nachsuchen will.

Der Oberbürgermeister, Geheimrath Naumann, theilt über die Angelegenheit noch mit, daß der Magistrat sich zunächst an das Provinzial-Schulcollegium um Unterstützung des Gesuchs gewandt hätte, von diesem aber abschlägig beschieden worden sei und sich nun direkt an das Ministerium zu wenden beabsichtige.

6) Die Ueberlassung der Bruchnutzung des zur Kranken-Anstalt gehörigen Schulgartens an den Inspektor Zoporski gegen 6 Thaler Pachtzins jährlich wird von der Versammlung genehmigt.

7) Herr. die Forterhebung des bisherigen Aufschlags von 50 Prozent zur Mahl- und Schlachtsteuer der hiesigen Stadt für das Jahr 1868. Magistrat hat ein Schreiben der k. Regierung vom 27. Mai c. zur Kenntnissnahme an die Versammlung übergeben, in welcher die Forterhebung des Aufschlages von 50 Prozent zur Mahl- und Schlachtsteuer pro 1868 genehmigt wird.

Bevor die Versammlung in die Beratung der folgenden Angelegenheit, betreffend den Bericht des Magistrats in Angelegenheiten der Posen-Märkischen Eisenbahn, eingetreten ist, haben sich zwei Mitglieder der Versammlung aus der Sitzung entfernt, wodurch die Versammlung beschlußfähig geworden ist. Der Vorsitzende sieht sich daher genöthigt, die Versammlung zu schließen. Es bleiben dadurch die eben genannte Angelegenheit, so wie die nachfolgenden Gegenstände der Tagesordnung, betreffend die Erhöhung der Verpflegungskosten der Polizeigefangenen, die Uebertragung der Verwaltung der städtischen Wasserleitung auf die Direktion der Gasanstalt, die Aufstellung der Listen für das Norddeutsche Parlament und persönliche Angelegenheiten unerledigt. Schluß um 5 Uhr 10 Minuten.

Die zweite Versammlung der ersten Direktoren-Konferenz der Provinz Posen wurde Donnerstag, den 13. d., in der Aula des k. Friedrich-Wilhelms-Gymnasiums abgehalten. Der Herr Direktor Reinhardt verlas sein ausführliches Referat „über die Behandlung des lateinischen Unterrichts auf höheren Lehranstalten.“ Als Zweck des lateinischen Unterrichts stellte derselbe auf: 1) Aneignung von praktischer Logik durch grammatische Bildung, 2) Einführung in die römische Literatur, 3) Begründung und Erleichterung des Studiums der romanischen (neueren) Sprachen. Referent besprach darauf die Urprünglichkeit von ihm gestellte Thesen: „Wie geht es zu, daß in dem grammatischen und stilistischen Theile des lateinischen Sprachunterrichtes nicht geleistet wird, was man nach Maßgabe der darauf verwendeten Zeit und Kraft davon für den vollen Gewinn der Geistesbildung erwarten sollte.“ Ref. sieht für das Knabenalter die grammatische Bildung in Verbindung mit der Mathematik als das Centrum der Bildung an, worauf von einem fleißigen Schüler in den unteren Klassen mindestens 800 Stunden jährlich, bis zur Erreichung der Sekunda in Summa mindestens 4000 Stunden verwendet werden. Dennoch zeige sich bei vielen Schülern, selbst in den höheren Klassen, Unsicherheit und Unfertigkeit in der grammatischen Bildung. Als Hinderniß des Erfolges wird die oft nicht gewissenhaft und streng genug genommene Verlesung, namentlich von Quinte nach Quarta und von Tertie nach Sekunda angegeben. Dann werde oft über die Kraft des Schülers in den Anforderungen des Lehrers hinausgegangen.

Referent besprach die Mängel der methodischen Behandlung in Folge der pädagogischen Ungenügsamkeit, namentlich jüngerer Lehrer; das zweifelhafte Verfahren der Lehrer, nicht die oft beklagte Schläflichkeit und Stumpfheit der Schüler sei Schuld des ungenügenden Erfolges bei dem lateinischen Unterricht. Viele jüngere Lehrer naturalisiren Jahre lang, ehe sie sich eine richtige Methode aneignen. Die jetzt herrschende Lehrmethode zwingt, selbst ungenügende Schulamtskandidaten mit voller Stundenzahl zu beschäftigen. Referent empfahl an Stelle des bloß mechanischen Auswendiglernens die Methode der Induktion und Deduktion, dann vielfach praktische Anwendungen, Retroveriren und Paraphrase. Eine feste Vergleichung der lateinischen Grammatik mit der deutschen sei äußerst vorteilhaft; dazu müßten die Schulen freilich mit der deutschen Grammatik vertraut sein, als gegenwärtig der Fall ist. Der lateinische Unterricht soll seine Grundlage in dem deutschen gewinnen. In der Sekunda und Prima, bei dem Aufleuchten des ersten idealischen Lebens, indem der Schüler in das Jünglingsalter trete, müsse die Bekanntschaft mit den Musterverken der griechischen und römischen Literatur in ihr volles Recht eingestuft werden, wozu freilich grammatische Sicherheit unabwiesbare Bedingung sei. Auf der obersten Stufe sei der lateinische grammatische Unterricht nur Mittel nicht Zweck, eine mit Gründlichkeit und Geschmeid geleitete Lektüre sei Hauptaufgabe. Referent schlug die Abschaffung der freien lateinischen Aufsätze vor, wogegen sich aber alle übrigen Gymnasialdirektoren aussprachen. Nach der Ansicht des Referenten lobnen die freien lateinischen Aufsätze nicht die auf sie verwendete Zeit, haben weder einen praktischen Zweck, noch fördern sie die allgemeine Bildung. Die lateinische Sprache dürfe nicht mehr als Organ der wissenschaftlichen Mittheilung benutzt werden, oft würde nur die Erbärmlichkeit des Inhalts dadurch verdeckt. Lateinsprechen und Lateinschreiben trage nichts bei zu der besseren Einsicht in das klassische Alterthum, vorteilhafter sei die Sprachvergleichung, welche besonders durch vielfaches Uebersetzen aus der einen in die andere Sprache zu üben sei. Durch die Abschaffung der freien lateinischen Aufsätze würde auch die Kluft zwischen den Realschulen und Gymnasien zum Theil ausgefüllt und die jetzt notwendige Annäherung beider Arten von Lehranstalten angebahnt.

Korreferent war der Direktor Enger, in dessen Abwesenheit Direktor Schöfstaowski die Verlesung des Korreferats übernahm, das sich in den wesentlichen Punkten den Ausführungen des Referats anschloß, namentlich auch die mangelhafte didaktische Ausbildung der Lehrer als Schuld für die geringeren Erfolge des lateinischen grammatischen Unterrichts in den unteren und mittleren Klassen hervorhob. Korreferent verlangte, daß das Unterrichtsmaterial wesentlich in den Lehrstunden selbst einzuüben sei und der häuslichen Arbeit der jüngeren Schüler nicht zu viel zugemüht werden dürfe, namentlich sei in Sexta und Quinta keine selbstständige häusliche Präparation zu verlangen.

Die Verhandlungen währten von 8 Uhr Morgens bis 3 Uhr Nachmittags, Vormittags wohnten denselben auch noch bei der Herr Oberpräsident und der Herr Konfistorialrath Roedenbeck.

Der Präsident der Konferenz, Herr Geh. Regierungsrath Mehring Dr. th., vereinigte darauf sämtliche Mitglieder zu einem Diner in seiner Behausung.

† Adelnauer Kreis, 12. Juni. [Vermischtes.] Die Gutsbesitzerin v. Chobacka aus Kozmin reiste zu den Pfingstfeiertagen zu einer bei Ostrowo wohnenden Verwandten. Als sie vom Postwagen in D. abstieg, fiel sie um, und kaum in die Passagierstube gebracht, verschied sie. Ein Ungeheuer machte ihrem Leben ein Ende. — Bei dem Pfingstschützen der Schützen-gilde in A., unseres Kreises, zerprang eine schon schadhafte Doppelflinte, welche einige Personen beschädigte. Es wäre wünschenswert, daß der Vorstand, falls ein Schatzmann nicht vorhanden, vor dem Schießen eine genaue Revision der Gewehre sich angelegen sein ließe, da in kleinen Städten mitunter höchst gefährliche Feuerwaffen in Gebrauch genommen werden. — In Danisyn, Mittelpunkt zwischen Ostrowo und Krotoschin, an der diese Städte verbindenden Chaussee, soll eine Postexpedition eingerichtet werden. — Ein freudiges Ereignis erfüllte am zweiten Pfingsttage die evangelische Filial-Gemeinde Kaschlow. Am genannten Festtage wurde nach dem Gottesdienst durch den amtierenden Geistlichen, Herrn Prediger Alning aus Ostrowo, der mit Bäumen reich besetzte und mit einem Steinzaun umwährte, schön gelegene evangel. Kirchhof eingeweiht. Nach Gesang des Liedes: „Ich sterbe täglich, und mein Leben eilt immerfort zum Grabe hin.“ erfolgte die hierauf bezügliche, aus dem Psalm entnommene gebiegene Rede des Hrn. P., worauf eine Motette von dem Rängerangehörigen und dem Schülchor vorgetragen wurde.

Bromberg, 13. Juni. Die diesjährige Wollverwiegung auf der hiesigen Stadtwaaage hat seit dem Dienstage begonnen; es wurden am Dienstage ca. 200 Centner, am Mittwoch 150 Centner Wolle verwogen. Der größte Theil der verschiedenen Wollsorten, die von den Dominien des Inowracławer und Bromberger Kreises angekommen, waren bereits nach außerhalb, meistens nach Berlin hin, verkauft; nach Bromberg haben Lieferungen und zwar an die Kaufleute Herren Wischer, Löwenthal und Levy stattgefunden. In Betreff der Qualität hört man allgemein, daß dieselbe zur Zufriedenheit ausgefallen; der Qualität nach sind die meisten Wollen bis jetzt gute Mittelmollen. Mit der Quantität sind viele Besizer zufriedener, als seit vielen Jahren. (Bromb. B.)

Landwirthschaftliches.

Der landwirthschaftliche Hauptverein des Regierungsbezirks Posen hielt gestern die ausgeschriebene leider nur schwach besuchte General-Versammlung im kleinen Vogenaal. Die Tagesordnung umfaßte zehn Punkte, und zwar:

1) die Maßregeln zur Hebung der Rindvieh- und Schweinezucht bei den bäuerlichen Wirthen. Herr Landrath v. Unruh hatte das Referat übernommen. Er besprach die bisherige Art, die Rindvieh- und Schweinezucht durch Aufzucht von Zuchtstieren resp. Ebern, zu deren Anschaffung das Oberpräsidium Mittel bewilligt, zu fördern, und konstatierte deren geringes Ergebnis. Allenfalls habe in den wenigen Gemeinden, welche sich noch im Besitz gemeinschaftlicher Weiden befinden, die Aufzucht von Ebern für die Schweinezucht einigen Erfolg gehabt. Nachdem diese Ansicht von mehreren Seiten Zustimmung gefunden, erklärte sich Herr Hoffmeyer für eine andere Verwendung der für diesen Zweck bestimmten Fonds und formulirte einen dahin gehenden Antrag. Der Sinn desselben war, daß die letzteren den Kreisvereinen überwiesen werden, welche sie zur Prämiiung von Zuchtställen oder zum Ankauf von Kälbern und jungen Schweinen verwenden, die an, dem Kreisverein hinlänglich als gute Züchter bekannte, Bauernwirthe, verschenkt werden. Dieser Antrag, dessen genaue Formulierung in dem Berichte des „Landwirth“ zu ersehen sein wird, wurde zum Beschluß erhoben.

2) Unterbringung der Ackerbauschule, welche nur bis zum 1. Juli k. J. unter der Leitung des Herrn Gutschäfers Kleinhold zu Wielowies verbleiben kann, weil Wielowies den Besitz gewechselt. Es hat bisher kein größerer Landwirth Neigung gezeigt, dieselbe zu übernehmen. Daher wurde der Vorschlag gemacht, sie eventuell nach dem Vorwerk der Kosten Korrekions-Anstalt zu verlegen. Legterer stieß jedoch auf entschiedenen Widerspruch, indem geltend gemacht wurde, jene kleine Besingung biete nicht Gelegenheit zu allseitiger Ausbildung von Bädern und Bauernwirthen, namentlich nicht im Gebiete der Viehzucht, die Wirthschaft sei keine regelmäßige, sondern ihr Betrieb abhängig von den eigenthümlichen Bedingungen, welche die notwendige Beschäftigung der Korrigenden mit sich bringe; endlich sei es nicht rathlich, den Ebern, der seine moralische und wirthschaftliche Ausbildung suche, bei der Arbeit neben den Korrigenden zu stellen. Es wurde daher von dieser Besingung abgesehen und die Unterbringung der Anstalt dem Herrn Oberpräsidenten überlassen, der inzwischen erschienen war und mittheilte, daß er dieserhalb bereits mit einem Domänenpächter in Unterhandlung stehe.

3) Betheiligung des Hauptvereins an der chemischen Versuchsanstalt in Kujawen. Der Verwaltungsrath hat, um die Anstalt in Stand zu setzen, den alljährlich wachsenden Bedürfnissen der Landwirthschaft Schritt zu halten, von der Regierung außer deren bisherigen Bewilligungen noch einen jährl. Zuschuß von 400 Thlr. beantragt; letzterer ist abgelehnt worden, und es entstand nun die Frage, wie auf anderem Wege die notwendigen Mittel aufzubringen seien. Der Vorsitzende, Herr v. Tempelhoff, schlug vor, der Anstalt von Seiten des Hauptvereins einen Zuschuß zu bewilligen, der dem Betrage gleichkomme, welchen der landw. Verein des Kosten-Fraustädter Kreises ihr jährlich zuführe. Dieser Beitrag beträgt 200 Thlr.

Von mehreren Seiten wurde darauf aufmerksam gemacht, daß dieser Betrag dem geforderten gegenüber, nicht ausreiche, dem jedoch entgegen, daß der Hauptverein nach Lage seiner Finanzen eine höhere Summe diesem Zwecke nicht zuwenden könne. Es wurde daher der Vorschlag, den Beitrag von Seiten des Hauptvereins auf 200 Thlr. jährlich, unter Vorbehalt des Eintritts von dreien seiner Mitglieder in die Verwaltung der Anstalt, zu fixiren, dahin erweitert, daß das Präsidium auch die Kreisvereine zur Betheiligung an der pekuniären Unterstützung der Anstalt in Kujawen auffordern solle, und in dieser Ausdehnung zur Abstimmung gebracht, einstimmig angenommen.

(Schluß folgt.)

Der Eierhandel. Die Eier sind erwiesenermaßen ein höchst werthvolles Nahrungsmittel und bieten dem Körper Alles, dessen er zu seiner Erneuerung bedarf. Dies wird aber im Allgemeinen leider nur von Wenigen erkannt. Blos in England ist diese Ansicht weit und breit herrschend, und in Folge dessen werden daselbst bekanntlich kolossale Mengen von frischen Eiern zerstört. Das Land selbst ist aber nicht im Stande, der ungeheuren Nachfrage zu entsprechen, darum muß der Handel ausshelfen. Dieser hat in neuerer Zeit einen solchen Aufschwung genommen, daß sich die großen Zahlen dem Begriffe kaum mehr fügen. In Frankreich existiren Exportgesellschaften, welche Tag für Tag Hunderte von Menschen mit der Prüfung und Verpackung der Eier beschäftigen. Der Werth der Eier-Ausfuhr Frankreichs nach England belief sich 1865 auf über 25 Millionen Franks, gegen 23 Millionen Franks im Jahre 1863 und 4,2 Millionen Franks im Jahre 1847. Also in noch nicht 20 Jahren hat sich der Handel fast verdreifacht. Vom Januar bis Mai 1866 sind in England nicht weniger als 196 Millionen Stück Eier eingeführt worden, und zwar im Mai allein 56 Millionen Stück. Da dieser Handel trotz der enormen Verluste in Folge der verstorbenen und bebrüteten Eier, die sorgfältig ausgegeben werden müssen, großen Gewinn abwirft, so hat auch Deutschland bereits vor Jahren versucht, einen Theil desselben an sich zu reißen. Die ersten Versuche scheiterten jedoch an der Unmöglichkeit, rasch und ohne zu große Vertheuerung große Mengen von Eiern zusammen zu bekommen. Durch die Eisenbahnen ist diesem Uebelstande abgeholfen. In der Abnahme der Eier sind die Briten sehr heikel. Sie verlangen, dem türkischen Geschmack entgegen, durchaus frische, d. h. nicht im mindesten angegangene oder riechende Eier. Daran sind freilich unsere kleinen Landwirthe nicht gewöhnt.

Sie können nicht davon lassen, der guten Waare schlechte und verdorbene beizumischen. Zu ihrem Vortheil, wie sie fälschlich meinen, ist dies nicht; denn beizumischen veranlaßt eine so mühsame Kontrolle, daß dadurch die Opfer bedeutend erhöht und folglich der Gewinn in demselben Maße verringert wird. Deshalb ist zunächst eine genaue Befichtigung sämtlicher Eier vor der Verpackung notwendig. Man kann zu diesem Behufe die Eier in einem verdunkelten Zimmer, in dessen Fensterladen ein eiserner Ausschnitt angebracht ist, gegen die Sonne halten oder mit der Hand vor ein Licht; am sichersten aber ist der sogenannte Eierguter oder das Dooskop. Dies ist ein Kasten nach Art der Stereoskopbehälter, der eine kleine dunkle Kammer bildet, in die das Ei so gefügt wird, daß, gegen eine davor brennende Gasflamme gehalten, darin der kleine dunkle Kern, welcher die begonnene Entwicklung des Embryo anzeigt — der fälschlich sogenannte Hahnentritt — ganz deutlich erscheint. Solche Eier dürfen nicht verpackt werden, lassen sich aber noch zur Gewinnung von Albumin und Eieröl verwenden. Die Verpackung der Eier geschieht auf keine billige und vorteilhaftere Weise als in starken Kisten mit Spreu von Spelz. Dies ist zugleich in England ein begehrter Artikel für Papierfabrikation. Trotz unserer schnellen Beförderung ist dennoch ein Erhaltungsmittel für die Eier sehr erwünscht. Am besten hat sich hier die Anwendung von Del, und zwar von gutem, reinem Baumöl bewährt. Entschieden aber ist vor den mit Schwefelsäure gereinigten Delen zu warnen. Das Einreiben der Eier mit Del muß sorgfältig und behutsam geschehen. Die Person, welche es vornimmt, hat einen weichen Filz vor sich liegen, der nicht alle in eben abfallenden Tropfen aufnimmt, sondern auch ein der Hand entleitetes Ei vor dem Zerbrechen bewahrt. Hat aber das Ei einen Sprung bekommen, so ist es untauglich für die Verwendung.

Die Arbeit geht so rasch von statten, daß eine Arbeiterin in einem Tage gegen 3000 Eier ölen kann, und diese Art der Konfervierung ist so billig, daß der Kostenbetrag für 300 Stück Eier sich nur auf ein paar Kreuzer beläuft. Am schnellsten und sichersten wird diese Arbeit verrichtet, wenn die Arbeiterinnen mit ledernen Handschuhen, deren Fingerspitzen abgeschnitten und deren Handfläche mit einem Stück weichen Flanells bedeckt ist, ausgerüstet sind. Der Flanell wird mäßig mit Del getränkt und das Ei zwischen den Händen ein paarmal rasch umgedreht. Man hüte sich ja, die Eier mit Spelz einzureiben; solche Eier sind des Geruches wegen in England geradezu unverkauflich. Auch alle beschmutzten Eier dürfen nicht versendet werden. Mittels der Eisenbahnen und Dampfschiffe kann fast ganz Europa an dem Eierhandel Theil nehmen. Unter den angegebenen Vorsichtsmaßregeln gelangen selbst aus den entlegensten Gegenden die Eier noch vollkommen gut und schmackhaft nach England. In Leipzig besteht z. B. ein solches Exportgeschäft. Der intelligente Unternehmer fing den Eierhandel nach Großbritannien aus der Mitte Deutschlands verfußungsweise an, und dieser Versuch entsprach so gut den gehegten Erwartungen, daß man sich nach erweiterten Lieferungsbezirken umsehen mußte. Es wurden daher Bayern, Böhmen, ganz Ostreich, Ungarn bis in's Banat und Slavonien bereit, um über den Stand der Hühnerzucht Aufschluß zu erhalten und Lieferungsverträge abzuschließen. Verfußungsweise wurden zunächst 600 Kisten Eier aus Ungarn bezogen; diese waren in 3 Tagen in Leipzig u. binnen 7 Tagen auf dem Londoner Markte. Dieser Versuch fiel so trefflich aus, daß dem Unternehmer aus London, Birmingham, Manchester dertart Lieferungsanträge zugehen, daß er recht gut noch einmal eine Million Eier hätte liefern können, wenn seine Verhältnisse es erlaubt hätten. Der Abgang ist nämlich geradezu ein unbeschränkter.

Vermischtes.

* [Ein erlauchter Verbrecher.] Aus Paris schreibt man unterm 7. d. M.: Der 74jährige Prinz Franz Claudius August de Crouy-Chanel, Abkömmling der Arpaden, Erbe der Krone des heil. Stephan und des Titels

einer der Güter des Hauses von Modena-Este, erschien gestern, nachdem er früher schon in contumaciam verurtheilt worden war, vor den Geschworenen, um sich wegen der Mitschuld an einer Unterdrückung von mehr als 3 Mill. Fr., verübt zum Schaden des Souscomptoir des Chemins de fer, zu verantworten. Er soll namentlich von dem bereits verurtheilten Kassirer dieser Gesellschaft bedeutende Summen begehrt und erhalten haben, wiewohl er gewußt, daß sich dieselbe diese Summen auf ungerechte Weise verschaffe. Die Geschworenen erkannten ihn, trotz der berechneten Vertheidigung des Advokaten Rogent St. Laurent, als dieser Mitschuld, mit Zulassung mildernder Umstände, schuldig und der Gerichtshof verurtheilte ihn zu 3 Jahren Gefängnis.

* Im großen Korridor von Windsor-Schloß, der zu den Staatsgemächern führt, ist jetzt die Marmorgruppe der Königin und des Prinzen Albert aufgestellt, die Bildhauer William Theobald im Auftrage der königlichen Wittve angefertigt hat. Beide Figuren, in Lebensgröße, erscheinen in der sächsischen Gewandung des 9. Jahrhunderts: die Königin in einem reich verzierten Mantel, mit einem Krönlein auf dem Haupte, ihr Gemahl ebenfalls im salztigen Mantel, der jedoch seine schönen Formen mehr hervorhebt als verbüllt. Die Stellung der beiden Figuren soll ihre Liebe auf Erden und zeitweilige Trennung veranschaulichen. Dem entsprechend schaut die Königin liebe- und hoffnungsvoll zu ihrem Gatten auf, die rechte Hand ruht auf seiner linken Schulter, während sie mit der anderen seine linke Hand umschlossen hält. Der Prinz schaut mit feierlicher Zärtlichkeit auf sie hinab und weist mit dem rechten Arm gen Himmel, als dem Orte der Wiedervereinigung. Ein Armband der Königin trägt die Inschrift „Albert“, ein Armstüd des Prinzen die Inschrift „Victoria“. Die Porträtdarstellung läßt nichts zu wünschen übrig; Gewand und alle übrigen Details sind mit großer Sorgfalt gearbeitet. Der Marmor, aus dem die Gruppe gearbeitet ist, stammt aus Carrara, das Piedestal ist aus dem kostbaren Marmor Africano gemeißelt.

* [Londoner Gauner.] Eine Ansammlung von Menschen bei einem öffentlichen Aufzuge ist immer für die Gauner ein Erntetag, und sie sind stets auf dem Auszug nach einem derartigen Ereignisse. Trifft es sich, daß die Polizei nicht so gut unterrichtet ist, als das Gesindel, dann sind bei einer solchen Gelegenheit in Ermangelung starker Trupps von Wächtern der Sicherheit die frequenten Straßen der Metropole ebenso unsicher, wie die Abzügen und andere gefährliche Punkte. Davon hat in den letzten Tagen eine Probe die ganze Stadt allarmirt. Wie alljährlich war die Miliz zu ihrer gewöhnlichen Übung eingezogen, die wie ähnliche Zusammenziehungen auf dem Kontinent mit einer Parade und Vorstellung gewöhnlich schließt. Unvorsichtigerweise hatte der die City-Miliz kommandirende Offizier der Polizei keine Anzeige gemacht, um die Folge war, daß das Raubzeug der Hauptstadt sich ebenfalls auf dem Sammelplatz der Miliz einfand und dieselbe auf ihrem Marsche in Trupps rechts u. links auf den Planken sowie als Avant- und Arriergarde begleitete. Zahllose Diebstähle, oder vielmehr Raubereien wurden bei dieser Gelegenheit von den unternehmenden Spitzbuben ausgeführt. Mehr als 80 Personen sind bis jetzt bekannt, die Uhren, Ketten, Ringe, Borsen u. verloren und mit zerbrochenem Regenschirm, angetriebenem Hut, geschlagen und zertritten, unter den Augen der bewaffneten Macht keinen Schutz fanden. Nur 15 der Uebelthäter wurden nach hartnäckigem Kampfe von der Polizei zur Haft gebracht, und nicht ohne Verformung sieht das schaulustige Publikum der Ankunft des Großfürsten und des Großfürsten von Rußland entgegen, da sich ähnliche Scenen wiederholen könnten.

* [Japanesische Zeitung.] Die neue Zeitung, welche seit Anfang dieses Jahres in Japan erscheint, trägt den Titel: „Ban Kot Shin Bun Shi“. Das Blatt erscheint in 49, 14 Seiten stark, und ist ein gelbliches Papier, das mehr mit dem Kokongespinnst eines Seidenwurms als mit unserm Papier Ähnlichkeit hat. Der mit schwarzem Rand eingefasste Titel zeigt einen in voller Fahrt begriffenen Dampfer der P. und O. Compagnie und darüber eine aufgehende riesige Sonne, in deren Scheibe die Spitzen der Masten des Dampfers noch hineinragen. Das Angesicht der Sonne trägt die Schriftzeichen: „Ban Kot Shin Bun Shi“, und einen rothen Stempel. Am Rand dieses Titel-schnitts sind noch Herausgeber (Rev. M. Bulworth Bailly), Datum und Druckort angegeben, so daß das Ganze mit den beiden kleinen rothen Stempeln auf der Wasserfläche und in dem Sonnenbild originell aussieht. Im Vorwort heißt es: Diese Zeitung soll die Japaner mit den wichtigsten Ereignissen der Fremde bekannt machen, und wird monatlich 2—3mal ausgegeben, sobald die Postdampfer in Yokohama angelangt sind. Denn das intelligente Volk des Landes will von andern Ländern lernen, und diese Kenntniß kann ihm nur nützlich sein. Als Einleitung gewissermaßen ist dann eine Reihe von Dialogen gegeben zwischen zwei gebildeten Japanern, Namens Utschitscho und Sesho, die sich in London treffen. Der eine hat den Ueberlandweg dahin gewählt, der andere ist durch den großen Ocean über S. Francisco und Panama angekommen. Die erste vorliegende Nummer der Zeitung enthält einen kurzen Reisebericht des Sesho, der auf dem „Colorado“, also auf der neuen Dampferoute durch den großen Ocean, nach England gelangt ist. Utschitscho begegnet seinem Landsmann im Hydepark; er ist eben mit dem Zuge von Southampton eingetroffen. In der nächsten Nr. werden sie wahrscheinlich ihre Beobachtungen über die Länder und Städte, die sie gesehen, austauschen. Der folgende Artikel bringt ein kurzes klares Résumé der Neuigkeiten, die mit der Post vom 20. Dezember v. J. eingegangen sind. Weiter lassen wir eine Erklärung des Wunders, wie der „Colorado“, der am 1. Januar 1867 San Francisco verlassen hat, schon Nachrichten aus London vom 30. Dezember 1866 mitbringen kann, obwohl ein Kontinent und ein Ocean von je 500—600 deutschen Meilen dazwischen liegen. Da ist das Wunder des elektrischen Telegraphen, der die neuen Nachrichten mit der Schnelligkeit des Blizes befördert. Um den Japanern die Bedeutung einer solchen Erfindung weiter zu erklären, ist darauf hingewiesen, welche Wichtigkeit der elektrische Draht für Politik, Handel und in Kriege hat. Verfußungsweise wird ja auch unter Leitung des Dr. Macgouren ein Telegraph zwischen Yokohama und Jeddo errichtet. Jedenfalls kann diese neue Zeitung, wie sie bereits in der ersten Nummer zeigt, durch Beschreibung europäischer Verhältnisse uns Erfindungen bei einem so wissbegierigen und tüchtigen Volke, wie die Japaner sind, wesentlich dazu beitragen, den Uebergang zu erleichtern, den jene Inseln aus den früheren Anschauungen in neue Lebensformen und Ideenkreise durchzumachen haben.

Angelkommene Fremde

vom 14. Juni.

TILSNER'S HOTEL GARNI. Die Kaufleute Munk aus Berlin, Chmarzynski aus Pologien, Bonde aus Prag, Graus aus Breslau, Geiger aus Stettin und Mölling aus Mainz, Landwirth Saint Lubin aus Nagen. HOTEL DU NORD. Probst Sczygielski aus Dufinit. OEHMIG'S HOTEL DE FRANCE. Die Rittergutsbesitzer v. Brodnitzki nebst Frau aus Wiesławskowice, Graf Poninski aus Maleszewo, v. Jarzembowski aus Brudzewo und Graf v. Wojanowska nebst Tochter aus Al. Rogaczewo, Gutsbesitzer Opitz aus Lowencin, Probst Niebelski aus Loda, Apotheker Labendzki nebst Frau aus Neustadt b. P. SCHWARTZ ADLER. Gutsbesitzer Ciesielski aus Goryslany, Rentier Arnous aus Dresden, Eigenthümer Knieger aus Neustadt, Gasthofbesitzer v. Waliszewski aus Pleschen, Fräul. Wittelschütz aus Latalice. STERN'S HOTEL DE L'EUROPE. Rittergutsbesitzerin Frau v. Poninska aus Maleszewo, die Probst Popierski aus Dalewo und Freymann aus Radolin, die Kaufleute Dittmann aus Rogasen, Karsch und Fabritzsch, ferner Schlesing aus Berlin, Gutsbesitzer Alberti aus Andrapole. MYLIUS' HOTEL DE DRESDE. Die Kaufleute Dähne, Sammerstein, Bernstein, Rahlson und Brod aus Berlin, Bonnes aus Frankfurt a. M., Wiedemann aus Stettin, Rubigsky aus Wierane, Peimann aus Breslau, Weiß aus Hildensbach und Frau Naglo aus Slinowo, die Landräthe Freiherr v. Unruh-Bomst aus Wolfstein und v. Wassenbach aus Samter, die Rittergutsbesitzer Edleins a. Wituchowo u. Wandelt a. Sedzin. HERWIG'S HOTEL DE ROME. Die Kaufleute Emanuel aus Leipzig, Sohn aus Schwerin und Reimann aus Elberfeld, die Rittergutsbesitzer Graf Radolinski aus Jarocin, Baron v. Winterfeld aus Mar.-Goslin und Schlemmer aus Kleinkauer, Oberförster Fölger aus Graw, Gymnasial-Schemmann aus Straßburg, Architect Gaiso aus Berlin. HOTEL DE BERLIN. Die Kaufleute Piascki nebst Frau aus Strzalkowo, Kiewald, Seelig und Dr. med. Borlig aus Berlin, Rentier v. Wierzi aus Bromberg, russ. Offizier Wjersinski nebst Frau aus Konin. BAZAR. Die Gutsbesitzer Guskowski aus Polen, Moszczanski aus Stempuchowo und Sakzewski aus Turony, Rechtsanwalt Malecki a. Wreschen. HOTEL DE PARIS. Gutschäfer Pajzderski aus Jezewo. SEELIG'S GASTHOF ZUR STADT LEIPZIG. Die Kaufleute Goldband aus Breslau, Degorski nebst Frau aus Kurnit, Bukowiecki, Bornwerksbesitzer Panicki und Lehrer Suchowiat aus But.

(Beilage.)

Produkten-Börse.

Berlin, 13. Juni. Wind: NW. Barometer: 28. Thermometer: Früh 13° +. Mitternacht: Bedeckter Himmel.

Auch heute wieder begleitete eine recht gedrückte Stimmung unseren Produktenmarkt. Im Roggen-Ermangeln schied sich vorzugsweise die Ueberlegenheit des Angebots geltend und die Preise verfolgten eine schnell wachsende Richtung, und blieben wesentlich unter ihrem gefrigen Stande. Der Verkehr gewann auch eine ziemliche Ausdehnung. Ebenso kam es mit exportativer Waare zu ziemlich guten Umsätzen, wobei Preise, wenigstens für feine Sorten, sich fast voll behaupteten. Gefündigt 12,000 Ctr. Kündigung preis 604 Rt.

Weizen loco, reichlicher angetragen, fand nur zu etwas niedrigeren

